

Personalabbau stoppen – Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung stärken!

Gemeinsame Erklärung des Bundesverbands der Deutschen Binnenschifffahrt e.V. (BDB), des Bundesverbands Öffentlicher Binnenhäfen e.V. (BÖB) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), 9. Oktober 2025

- Wir fordern den Bund auf, seine Planung, acht Prozent der Stellen in der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung abzubauen, zu stoppen.
- Personalkürzungen gefährden den Betrieb, Instandhaltung, Sanierung und Ausbau der Wasserstraßen.
- Den Wasserstraßen droht der Kollaps, wenn nicht in Infrastruktur und Personal investiert, sondern gegen jeden Expertenrat gespart wird.

Als Vertretungen der Beschäftigten in der WSV, der öffentlichen Häfen, der Binnenschifffahrt und der deutschen Industrie entlang des Systems der Wasserstraßen insistieren wir mit Nachdruck darauf, dass die Bundesregierung ihre Pläne für einen flächendeckenden, pauschalen Stellenabbau in der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes stoppt.

Auf den Binnenwasserstraßen des Bundes werden jährlich mehr als 170 Millionen Tonnen Güter transportiert. Damit sind die Binnenwasserstraßen der dritte zentrale Güterverkehrsträger in Deutschland und für Wirtschaft und Menschen unverzichtbar.

Die rund 12.500 Beschäftigten der WSV sichern tagtäglich nicht nur, dass Wasser durch die 7.300 Kilometer Flüsse und Kanäle und die 23.000 Quadratkilometer Seewasserstraßen fließt. Ohne sie fährt kein Schiff, kein Boot, keine Jolle über die Bundeswasserstraßen. Sie kennzeichnen die Bundeswasserstraßen, sorgen für die richtigen Tiefen in der Fahrrinne und für sichere Ufer. Sie schleusen, zur Not auch unter Wasser und per Hand, und fahren raus in jeden Sturm auf hoher See, damit auch unter höchstem Wellengang kein Schiff zum Kentern kommt.

Neben der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs schützt die WSV auch Leib und Leben. Nicht erst seit der Katastrophe im Ahrtal sollte allen politischen Entscheidungsträgern sehr bewusst sein, dass Schleusen und insbesondere Wehre eine unverzichtbare Schutzfunktion bei Hochwassersituationen erfüllen, insbesondere im süddeutschen Raum.

All diese hoheitlichen Aufgaben erledigen die Beschäftigten in der WSV tagtäglich, trotz Personalnot und teilweise ungenügender Ausstattung. Schon heute wird der reibungslose Betrieb der im Durchschnitt massiv überalterten Schleusen nur durch das hohe Engagement der WSV-Beschäftigten sichergestellt.

In der WSV wurde durch Ämterreform und Sparmaßnahmen in den letzten Jahren diverse Male Personal eingespart. Der Personalstand im für den Betrieb der Bundeswasserstraßen essenziellen Außenbereich der Wasserstraßen- und Schifffahrtsämter liegt heute bei ca. 60 Prozent des bemessenen Personalstands von 2001. Seitdem neu hinzugekommene Aufgaben wurden nur in Teilen durch neue Stellen abgedeckt. Die in den letzten fünf Jahren durchgeführte Aufgabenkritik der Außenbereiche hat zudem zu einer Optimierung der Erledigungen geführt, die nicht weiter ausgebaut werden kann.

Gleichzeitig steht die WSV vor großen personellen Umbrüchen durch altersbedingte Abgänge, die tägliche Neueinstellungen zur Abfederung verlangen. Unbesetzte Stellen führen heute schon zu Überlastungen der Beschäftigten. Weitere Einsparungen würden diese Überlastungen flächendeckend erhöhen, Beschäftigte frustrieren und ihr hohes Engagement und die Motivation die Bundeswasserstraßen befahrbar zu halten, zerstören. Eine Folge könnte in diesem Fall nur eine Einschränkung der Leistungen der WSV sein. Da im offensichtlich sicherheitsrelevanten Bereich als letztes gespart werden dürfte, würde dies unweigerlich zu Einschränkungen der Schifffahrt führen: Reparaturen an Anlagen würden langsamer erfolgen, Schichten an Schleusen würden ausgedünnt und die Nachtschifffahrt wäre damit an einigen Bundeswasserstraßen nur noch eingeschränkt möglich.

Diese Einschränkung der Schifffahrt hätte absehbar Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland: Waren, die nicht mehr pünktlich ankommen, und eine weitere Verlagerung vom Wasser auf Schiene und Straße würde nicht nur die Industrie und Binnenschifffahrt treffen, sondern ebenso alle Bürger*innen, die mit Engpässen und Staus umgehen müssten.

Den Wasserstraßen droht der Kollaps mit schädlichen Folgen für Wirtschaft und Menschen!

Kontakte/AnsprechpartnerInnen:

Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e.V. (BDB)
Gerit Fietze, Syndikusanwalt | T: 0203 80006-30, E-Mail: bdb-fietze@binnenschiff.de

Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen e.V. (BÖB)
Magnus Bünning, Koordinator Politik | T: 030 3988 4362, E-Mail: magnus.buenning@binnenhafen.de

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Lea Herzig, Gewerkschaftssekretärin | T: 030 6956-2112, E-Mail: lea.herzig@verdi.de